S 20 U 902/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

3

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 20 U 902/99 Datum 09.07.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 U 277/02 Datum 11.02.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Auf die Berufung des Kl \tilde{A} x gers wird das Urteil des Sozialgerichts M \tilde{A} 1 4 nchen vom 09.07.2002 in Ziffer II. aufgehoben.
- II. Im Ã□brigen wird die Berufung zurückgewiesen.
- III. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- IV. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Gewährung von Verletztenrente aus Anlass des Ereignisses vom 27.05.1998 streitig. Der Kläger fÃ⅓hrt einen neurologischen Schaden â∏ Erkrankung des Daumensattelgelenkes rechts und des Ellennervens rechts mit Beteiligung der rechten Hand â∏ auf den betrieblichen Vorgang am 27.05.1998 zurÃ⅓ck.

Der 1943 geborene KlĤger, Hilfsarbeiter im Warenlager der Firma W. GmbH und Co KG, hat seinen Angaben zufolge am 27.05.1998 einen Unfall erlitten, als er zusammen mit einem Arbeitskollegen mit Arbeitshandschuhen ca. 80 kg schwere Baumaschinen aus der Verpackung herausgehoben und diese auf eine Palette gestapelt hat. Etwa nach der zehnten Maschine sei ein Karton in die

Zwischenfingerfalte des Daumens und Zeigefingers gerutscht und die Hand zwischen Holzpalette und Karton eingeklemmt worden. Er habe stĤrkere Schmerzen in der rechten Hand und am ganzen Arm verspürt und eine Dellenbildung zwischen dem 1. und 2. Mittelhandknochen bemerkt. Anschlie̸end arbeitete der Kläger weiter und suchte am nägchsten Tag die Chirurgen Dres. W. und T. auf. Dr.W. verneinte in seinem Durchgangsarztbericht vom 28.05.1998 eine äuÃ∏ere Verletzung, beschrieb eine deutliche Lücke im Bereich der Interdigitalfalte mit fehlendem Weichteil an der rechten Hand, ging aber von einem traumatisch bedingten Muskelabriss des Musculus interossei dorsalis I rechts aus. Nach einer weiteren AbklĤrung (MRT vom 29.05.1998), wodurch eine Rhizarthrose sowie deutliche posttraumatische bzw. degenerativ bedingte BinnenverĤnderung im Discus triangularis mit Rissbildung, ansonsten aber ein altersgerechter Befund, inbesondere kein Anhalt fýr einen Muskelabriss festgestellt wurden, bezeichnete Dr.W. in seinem Nachschaubericht vom 03.06.1998 nunmehr die VerĤnderungen im Discus triangularis als vollkommen unfallunabhängig. Ein Hämatom sei nicht sichtbar, die Funktion des Daumens erhalten. Der KlĤger befand sich zur weiteren Abklärung der Befunde in neurologischer Behandlung (Berichte Prof.Dr.P. vom 10.09.1998 bzw. Dr.R./Dr.P. vom 03.08.1998). Die Neurologen gingen von einer älteren Parese aus.

Die Beklagte holte nach Beiziehung der einschlĤgigen medizinischen Unterlagen und Einholung einer Auskunft der Krankenkasse ein Gutachten des Chirurgen Dr.G. vom 16.03.1999 ein. Er kam darin zu dem Ergebnis, dass beim KlĤger eine unfallunabhĤngig entstandene SchĤdigung des Ellennerven am linken (richtig rechten) Ellenbogen mit Beteiligung der linken Hand (richtig rechten) vorliegt; ein Unfallereignis verneinte er. Der vom KlĤger geschilderte Hergang habe die vorliegende NervenschĤdigung auch nicht verschlimmert.

Mit Bescheid vom 10.06.1999 lehnte sodann die Beklagte die GewĤhrung einer EntschĤdigung aus Anlass einer Erkrankung des Daumensattelgelenkes rechts und des Ellennervens rechts mit Beteiligung der rechten Hand ab, weil zwischen dem Vorgang vom 27.05.1998 und den vorgenannten GesundheitsstĶrungen kein ursĤchlicher Zusammenhang bestehe. Die KĶrperbelastung beim Heben der schweren Baumschinen stelle kein Unfallereignis im Rechtssinne dar, die dabei aufgetretenen Schmerzen an der rechten Hand seien dadurch auch nicht verursacht, sondern vielmehr auf die nachgewiesene unfallunabhĤngige degenerative Daumensattelgelenksarthrose (Rhizarthrose rechts) zurļckzufļhren. Auch das Krankheitsbild am Ellenbogen und an der rechten Hand sei nicht auf die Belastung bei dem betrieblichen Vorgang zurļckzufļhren.

Der hiergegen erhobene Widerspruch blieb ohne Erfolg (Widerspruchsbescheid vom 27.10.1999).

Hiergegen hat der KlĤger Klage zum Sozialgericht Mþnchen (SG) erhoben und beantragt, dass Ereignis vom 27.05.1998 als Arbeitsunfall anzuerkennen und zu entschädigen.

Das SG hat die einschlÄ α gigen RÄ α ntgenaufnahmen und Befundberichte der Gemeinschaftspraxis Dres.T./W. vom 27.01. 2000, der Neurologischen Klinik der TU M. vom 08.01.1999, des F.-Instituts vom 10.09.1998, des Dr.R. vom 28.02.2000, des Dr.U. vom 03.03.1999, der Dr.K. vom 22.03.2000 und des Prof.S. vom 03.04.2000 beigezogen sowie Gutachten des Dr.Dr.K. vom 28.07.2000, Facharzt fÄ 1 / 4 r Chirurgie, Sport- und Sozialmedizin sowie gemÄ α 2 2 2 3 4 5 5 5 5 Sozialgerichtsgesetz von Priv.Doz.Dr.H. (Klinikum re.d.Isar M.) vom 03.01.2002 eingeholt.

Dr.Dr.K. hat ausgeführt, das Ereignis vom 27.05.1998 habe Strukturen der rechten Hand des Kl\(\tilde{A}\)\magers nicht gesch\(\tilde{A}\)\mathred digt. PD Dr.H. hielt eine bestehende Rhizarthrose und eine degenerative Schazdigung des Discus triangularis rechts für unfallunabhängig. Er ging davon aus, dass es zu einer Prellung mit konsekutiver Schmerzsymptomatik gekommen sei. Nachdem der KlĤger einen Bericht des Neurologen Prof. Dr.H. (ohne Datum) vorgelegt hatte, hat das SG mit Urteil vom 09.07.2002 â∏ dem Antrag der Beklagten entsprechend â∏ die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, die Beklagte habe zu Recht die Anerkennung des Ereignisses vom 27.05.1998 als Arbeitsunfall abgelehnt. Zum einen sei ein Unfallereignis nicht nachgewiesen, zum anderen spräxchen die ärztlichen Feststellungen für eine degenerative Erkrankung. Bei einer Quetschung durch einen Arbeitshandschuh hindurch wĤre es zu Nachweise, ebenso nicht für eine Prellung. In Ziffer II. hat das SG dem Kläger Gerichtskosten in Höhe von EUR 250,00 auferlegt. Das Gericht sei aufgrund der Gesamtumstände, insbesondere aufgrund des persönlichen Eindrucks des KIägers in der mündlichen Verhandlung zu der Auffassung gelangt, dass er die Aussichtslosigkeit der Klage erkannt und sie missbrĤuchlich aufrecht erhalten habe.

Hiergegen hat der Kläger Berufung eingelegt und sein bisheriges Vorbringen wiederholt. Der Senat hat auf Antrag des Klägers â∏ § 109 SGG â∏ vom Neurologen Dr.S. (M.) ein Gutachten vom 15.12.2003 eingeholt. Er ging davon aus, dass beim Umlagern der Kisten die Handfläche der rechten Hand des Klägers zwischen die Palette und die Kiste geraten und dort gequetscht worden sei. Er diagnostizierte eine Ulnarislähmung mit Atrophie der ulnarversorgten Muskeln der rechten Hand. Ein ursächlicher Zusammenhang mit einer Handquetschung bestehe nicht. Bei der im Durchgangsarztbericht vom 28.05.1998 festgestellten Lù¼cke handle es sich nicht um einen traumatisch bedingten Muskel- bzw. Sehnenabriss. Die Muskelatrophie könne sich nur durch eine chronische Schädigung des Nervus ulnaris ù¼ber einen längeren Zeitraum vor dem Unfall entwickelt haben.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)ger beantragt, die Beklagte unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts M\(\tilde{A}\)\(^1\)\(\tilde{a}\)nchen vom 09.07.2002 und des Bescheides vom 10.06.1999 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 27.10.1999 zu verurteilen, ihm aufgrund des Ereignisses vom 27.05.1998 Verletztenrente zu gew\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)hren.

Die Beklagte beantragt, die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Mþnchen vom 09.07.2002 zurückzuweisen.

Im Ã□brigen wird zur Ergänzung des Sachverhalts gemäÃ□ <u>§ 136 Abs.2 SGG</u> auf den Inhalt der Akten der Beklagten sowie der Gerichtsakten in erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die frist- und formgerecht eingelegte Berufung des KlĤgers ist zulĤssig, in der Hauptsache aber nicht begr¼ndet.

Der Kläger hat keinen Anspruch auf Anerkennung und Entschädigung des Ereignisses vom 27.05.1998 als Arbeitsunfall gemäÃ□ §Â§ 8 Abs.1 Satz 1, 56 Sozialgesetzbuches (SGB) VII.

GemäÃ∏ <u>§ 8 Abs.1 SGB VII</u> sind Arbeitsunfälle Unfälle von Versicherte infolge einer den Versicherungsschutz nach den §Â§ 2, 3 oder 6 begründenden Tätigkeit. Unfälle sind zeitlich begrenzte, von auÃ∏en auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden gefA¼hrt haben (vgl. BSGE 23, 139, 141; 61, 113, 115). Dieser durch die Rechtsprechung entwickelte Unfallbegriff dient der Abgrenzung eines äuÃ∏eren Vorgangs von unfallrechtlich nicht geschļtzten krankhaften VerĤnderungen im Inneren des menschlichen Körpers (vgl. BSG SozR 2200 § 550 Nr.35). Nach der Rechtsprechung genügt es aber für die Einwirkung "von auÃ□en", wenn zum Beispiel der Boden beim Auffallen des Versicherten gegen seinen Körper stöÃ∏t. Aber auch körpereigene Bewegungen sind als äuÃ∏ere Ereignisse anzusehen (ebenso LSG für das Land Nordrhein-Westfalen, HVBG Info 2000, 2067; LSG Baden-Württemberg HVBG Info 1996, 905; LSG für den Freistaat Sachsen, HVBG Info 2001, 1960; Schönberger-Mehrtens-Valentin, Arbeitsunfall und Berufskrankheit, 7. Auflage, S.66). Damit erfüllt auch das Heben der Palette, die eine normale Betriebstätigkeit darstellt die Anforderungen für die Erfüllung des Begriffs des Unfalls â∏ entgegen der Meinung der Beklagten und des SG. Die erforderliche haftungsbegrļndende KausalitÃxt zwischen der versicherten TÃxtigkeit und dem Unfallgeschehen ist somit gegeben.

Zum Begriff des Arbeitsunfalls gehā¶rt aber auch der Eintritt eines Gesundheitsschadens (Bereiter-Hahn/Schieke/Mehrtens, Gesetzliche Unfallversicherung <u>Å</u>§ 8 SGB VII Anm.11.5). Dieser muss mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit auf das Unfallereignis zurýckzuführen sein (haftungsausfüllende Kausalität). Nach der in der gesetzlichen Unfallversicherung geltenden Lehre von der wesentlichen Bedingung sind von den Bedingungen im naturwissenschaftlich-philosophischen Sinn als Ursache oder Mitursache unter Abwägung ihres verschiedenen Wertes nur diejenigen Bedingungen anzusehen, die wegen ihrer besonderen Beziehung zum Erfolg dessen Eintritt wesentlich mitbewirkt haben (<u>BSGE 1, 72, 76; 61, 127, 129; 63, 272, 278; Bereiter-Hahn/Schieke/Mehrtens a.a.O. Rdnr.8.2).</u>

Im vorliegenden Fall f $\tilde{A}^{1/4}$ hrt diese Wertung dazu, dass das Heben der Paletten \hat{a} selbst dann, wenn davon ausgegangen werden wird, dass hierbei die Hand gequetscht wurde \hat{a} keine wesentliche Ursache f $\tilde{A}^{1/4}$ r die beim KI \tilde{A} ger an der

rechten Hand bestehenden GesundheitsstĶrungen darstellt. Aufgrund der Ausführungen der Sachverständigen Dr.Dr.K. und Dr.S. â∏∏ wie auch des Dr.G., dessen im Auftrag der Beklagten erstattetes Gutachten im anhĤngigen Rechtsstreit verwertet werden konnte -, steht zur Ä\u00faberzeugung des Senats fest, dass vor dem Ereignis vom 27.05.1998 beim KlĤger eine Muskelatrophie der Muskulatur zwischen dem Daumen und dem Zeigefinger der rechten Hand bestanden hat, die sich durch eine chronische Schäzdigung des Nervus ulnaris wahrscheinlich durch ein sog. Sulcus ulnaris Syndrom entwickelt hat. Die chronische SchÄxdigung wurde durch die F.-Stiftung in den Sulcus ulnaris lokalisiert aufgrund der Verlangsamung der Nervenleitgeschwindigkeit über dem Sulcus ulnaris. Auch Prof.Dr.H. diagnostizierte eine sensomotorische LÄxsion des Nervus ulnaris rechts, die aber proximal des Handgelenks, also jenseits der vom KlĤger behaupteten Quetschung der rechten Hand vorlag. Ebenso sprechen die Befunde der Neurologischen Klinik des Krankenhauses re.d. Isar vom 08.01.1999 für das Vorliegen einer Schäzdigung des Nervs im Bereich des Sulcus. Hinweise fä¼r eine Durchtrennung von Nervenfasern oder ein Anhalt fýr einen Muskelabriss fanden sich nicht.

Da die von Priv.Doz.Dr.H. diskutierte Prellung der rechten Hand nicht nachgewiesen ist, kommt der Senat zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass durch das Ereignis vom 27.05.1998 nicht mit Wahrscheinlichkeit ein Gesundheitsschaden an der rechten Hand des KlĤgers verursacht worden ist. Damit liegt ein Arbeitsunfall gemĤÄ∏ § 8 Abs.1 SGB VII nicht vor. Der KlĤger hat keinen Anspruch auf EntschĤdigung. Damit hat die Berufung, soweit sie auf die GewĤhrung von Verletztenrente gerichtet war, keinen Erfolg.

Soweit das Sozialgericht in Ziffer II. dem Kläger Kosten nach § 192 Abs.1 Nr.2 SGG auferlegt hat, hat dieser Kostenauspruch keinen Bestand. Denn die Fortfýhrung des Rechtsstreits durch den Kläger ist nicht missbräuchlich. Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, dass er eine weitere neurologische Begutachtung anstrebte in Kenntnis des Berichtes des Prof.Dr.H. und der Ausführungen des PD Dr.H. â□□ "ggf. neurologisches Zusatzgutachten" â□□ und im Berufungsverfahren gewillt war, ein weiteres Gutachten gemäÃ□ § 109 SGG erstellen zu lassen. Er hatte somit die Hoffnung auf einen gÃ⅓nstigen Ausgang des SG-Verfahrens nicht aufgegeben, was aus seiner subjektiven Sicht heraus auch verständlich war. Der Verdacht des SG, dass der Kläger gegen bessere Einsicht handelte, ist fÃ⅓r die Annahme der Rechtsmissbräuchlichkeit nicht ausreichend, ebenso wenig wie die Verweigerung der angetragenen KlagerÃ⅓cknahme (Meyer-Ladewig, Kommentar zum SGG, 7. Auflage, § 192 Anm.9). Aus den vorgenannten GrÃ⅓nden war daher das angefochtene Urteil in Ziffer II. aufzuheben.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten beruht auf \hat{A} § 193 SGG.

Der Senat hat die Revision nicht zugelassen, weil die Voraussetzungen hierf $\tilde{A}^{1/4}$ r nach \hat{A} § 160 Abs.2 Nrn.1 und 2 SGG nicht vorliegen.

Erstellt am: 09.08.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024